



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 53107 Bonn

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen
Postfach 4109
76026 Karlsruhe

Bundesagentur für Arbeit
90327 Nürnberg

Bundesarbeitsgemeinschaft der
überörtlichen Träger der Sozialhilfe
Warendorfer Str. 26-28
48133 Münster

Aktion Psychisch Kranke e.V.
Oppelner Str. 130
53119 Bonn

Deutscher Städtetag
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Deutsche Rentenversicherung Bund
Hallesche Str. 1
10963 Berlin

Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Breite Str. 29
10178 Berlin

ABiD Allgemeiner Behindertenverband
in Deutschland e.V.
Friedrichstr. 95
10117 Berlin

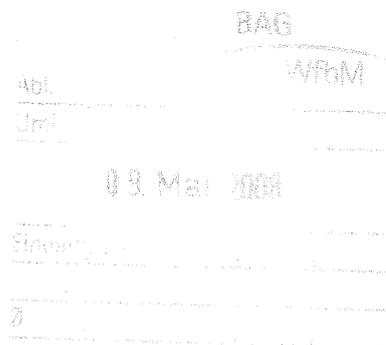
Bundesarbeitsgemeinschaft für
Unterstützte Beschäftigung
Schulterblatt 36
20357 Hamburg

Diakonisches Werk der EKD e.V.
Postfach 330220
14172 Berlin

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin

REFERAT Va 2
BEARBEITET VON Christine Bünning
HAUSANSCHRIFT Rochusstraße 289, 53123 Bonn
POSTANSCHRIFT 53107 Bonn
TEL +49 228 99 527-2398
FAX +49 228 99 527-2694
E-MAIL christine.buenning@bmas.bund.de
INTERNET www.bmas.de

Bonn, 7. Mai 2008
AZ Va 2 – 58 115 - 5



DGB Bundesvorstand
Postfach 110372
10833 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten
für behinderte Menschen e.V.
Sonnemannstr. 5
60314 Frankfurt am Main

Bundesverband für Körper- und
Mehrfachbehinderte e.V.
Brehmstr. 5-7
40239 Düsseldorf

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
Postfach 900262
81502 München

Bundesvereinigung Lebenshilfe für
Menschen mit geistiger Behinderung e.V.
Raiffeisenstr. 18
35043 Marburg

AOK Bundesverband
Kortrijker Str. 1
53177 Bonn

BKK Bundesverband
Kronprinzenstr. 6
45128 Essen

Bundesverband für Rehabilitation und
Interessenvertretung Behinderter
Eifelstr. 7
53119 Bonn

IKK-Bundesverband
Friedrich-Ebert-Str.
51429 Bergisch Gladbach

Sozialverband Deutschland
Erkrather Str. 343
40231 Düsseldorf

Verband der Angestellten-Krankenkassen
Frankfurter Str. 84
53721 Siegburg

VDK Deutschland
Wurzerstr. 4 a
53175 Bonn

Arbeitsgemeinschaft der Berufsförderungswerke
Huizener Str. 60
61118 Bad Vilbel

BAG Integrationsfirmen
Hedemannstr. 14
10969 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe
von Menschen mit Behinderung
Kirchfeldstr. 149
40215 Düsseldorf

Deutsche Rentenversicherung
Knappschaft-Bahn-See
Pieperstr. 14-28
44789 Bochum

Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben
Hermann-Pistor-Str. 1
07745 Jena

Bundesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für
Behinderte“ e.V.
Kirchfeldstr. 149
40215 Düsseldorf

Weibernetz e.V.
Kölnische Str. 99
34119 Kassel

Netzwerk People First Deutschland e.V.
Kölnische Str. 99
34119 Kassel

Deutscher Landkreistag
Lennéstr. 11
10785 Berlin

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstr. 6
12207 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Berufsbildungswerke
Kurfürstenstr. 131
10785 Berlin

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
Walter-Kolb-Str. 9-11
60594 Frankfurt

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnortnahe
Berufliche Rehabilitationseinrichtungen
Storchmühlenstr. 8
99089 Erfurt

Deutscher Caritasverband e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben - gemeinsam lernen
Falkstr. 106 HH
60487 Frankfurt/Main

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung Unterstützter Beschäftigung

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage übersende ich Ihnen den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung Unterstützter Beschäftigung. Wenn Sie hierzu eine Stellungnahme abgeben möchten, bitte ich Sie, mir diese bis zum **30. Mai 2008** zuzuleiten, möglichst per E-Mail an das Referatspostfach (Va2@bmas.bund.de).

Sollte sich ein Bedarf für eine Besprechung zu diesem Thema ergeben, wird diese am 11. Juni 2008 in den Räumen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Bonn stattfinden. Da die Einladung ggf. kurzfristig per E-Mail versandt wird, bitte ich um Mitteilung einer E-Mail-Adresse.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitwirkung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Dr. Peter Mozet'

Beglaubigt

Angestellte



Referentenentwurf

Gesetz zur Einführung Unterstützter Beschäftigung (Arbeitstitel)

A. Problem und Ziel

Für behinderte Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf fehlt bisher eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben, mit der ihre Leistungsfähigkeit bei individuell angepassten Bedingungen so entwickelt wird, dass eine Eingliederung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt möglich wird.

B. Lösung

Erfolgreiche Projekte in Deutschland zeigen, dass dieses Ziel mit Unterstützter Beschäftigung erreicht werden kann. Daher soll ein Fördertatbestand geschaffen werden, der bundesweit die Anwendung Unterstützter Beschäftigung ermöglicht.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

Für die Rehabilitationsträger ist durch die Unterstützte Beschäftigung nicht mit Mehraufwendungen zu rechnen, da sich die Zahl der betroffenen behinderten Menschen durch die neue Maßnahme nicht ändert. Im Wesentlichen wird es insbesondere bei der Bundesagentur für Arbeit zu kostenneutralen Verschiebungen zwischen einzelnen Maßnahmen kommen, wobei eine Tendenz zu Minderausgaben besteht, wenn die neue (ambulante) Maßnahme anstelle einer stationären Maßnahme bewilligt wird.

Bei dieser neuen Maßnahme muss sich erst über einen mehrjährigen Zeitraum eine Trägerlandschaft entwickeln, die dann auch eine größere Anzahl von Personen unterstützen kann. Im ersten Jahr wird zudem noch die gemeinsame Empfehlung zu den Qualitätsanforderungen erarbeitet. Insgesamt muss mit einer Aufbauzeit von rund fünf Jahren gerechnet werden.

Der Vollzugsaufwand wird sich nicht ändern, so dass es insoweit nicht zu zusätzlichen Kosten kommen wird.

Bei den Ländern wird es auf Seiten der Integrationsämter zu nicht quantifizierbaren Mehraufwendungen kommen, sofern der behinderte Mensch nach Abschluss eines Arbeitsvertrages noch weitere Berufsbegleitung benötigt. Dem stehen jedoch auch Einsparungen auf Länderseite gegenüber. Denn die Unterstützte Beschäftigung trägt dem gemeinsamen Anliegen Rechnung, eine Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen ausschließlich jenen Personen vorzubehalten, die aus behinderungsbedingten Gründen nur dort am Arbeitsleben teilhaben können. Unterstützte Beschäftigung kann insoweit einen Beitrag zur Reduzierung der Aufwendungen der Träger der Sozialhilfe für Leistungen an wesentlich behinderte Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe leisten. Im Ergebnis stehen den Kosten für die Berufsbegleitung also Einsparungen der Eingliederungshilfe gegenüber.

E. Sonstige Kosten

Kosten für Wirtschaft, soziale Sicherungssysteme sowie Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

F. Bürokratiekosten

Bürokratiekosten sind durch die Unterstützte Beschäftigung nicht zu erwarten. Darüber hinaus wird eine jährliche Informationspflicht für die Verwaltung (Bundesagentur für Arbeit) abgeschafft.

Referentenentwurf für ein

Gesetz zur Einführung Unterstützter Beschäftigung

(Arbeitstitel)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

- Arbeitsförderung -

(860-3)

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), zuletzt geändert durch..., wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 106 wie folgt geändert:

„§ 106 Bedarf bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, Unterstützter Beschäftigung und bei Grundausbildung“.

2. § 104 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

b) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

“2. einer individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung nach § 38a des Neunten Buches und“.

c) Aus der bisherigen Nummer 2 wird Nummer 3.

3. § 106 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Bildungsmaßnahmen“ ein Komma und die Wörter „Unterstützter Beschäftigung“ eingefügt.

b) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Bildungsmaßnahmen“ ein Komma und die Wörter „Unterstützter Beschäftigung“ eingefügt.

4. § 160 Satz 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

Nach dem Wort „Grundausbildung“ werden ein Komma und die Wörter „der individuellen beruflichen Qualifizierung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung nach § 38a des Neunten Buches“ eingefügt.

Artikel 2

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Rentenversicherung -

(860-6)

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Rentenversicherung - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), zuletzt geändert durch..., wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „sollen“ ein Semikolon und folgende Wörter eingefügt:

„dies gilt auch für Personen während der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung nach § 38a des Neunten Buches“.

2. In § 162 Nr. 3 werden nach dem Wort „sollen“ die Wörter „oder im Rahmen einer Unterstützten Beschäftigung nach § 38a des Neunten Buches individuell betrieblich qualifiziert werden“ eingefügt.

3. In § 168 Abs. 1 wird nach Nummer 3a folgende neue Nummer eingefügt:

„3b. bei behinderten Menschen während der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung nach § 38a des Neunten Buches von dem zuständigen Rehabilitationsträger“.

Artikel 3

Änderung des Siebten Buches Sozialgesetzbuch

- Gesetzliche Unfallversicherung -

(860-7)

In § 35 Abs. 1 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Unfallversicherung - (Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 1996, BGBl. I S. 1254), zuletzt geändert durch..., wird die Angabe „38“ durch die Angabe „38a“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch

- Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen -

(860-9)

Das Neunte Buch Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. S. 1046, 1047), zuletzt geändert durch..., wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 38 folgende Angabe eingefügt:

„§ 38a Unterstützte Beschäftigung“.

2. In § 33 Abs. 3 wird nach Nummer 2 folgende Nummer eingefügt:

„2a. individuelle betriebliche Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung nach § 38a“.

3. Nach § 38 wird folgender § 38a eingefügt:

„§ 38a

Unterstützte Beschäftigung

(1) Ziel der Unterstützten Beschäftigung ist, behinderten Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eine angemessene, geeignete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen und zu erhalten. Unterstützte Beschäftigung umfasst eine individuelle betriebliche Qualifizierung und bei Bedarf Berufsbegleitung.

(2) Leistungen zur individuellen betrieblichen Qualifizierung erhalten behinderte Menschen insbesondere, um sie für geeignete betriebliche Tätigkeiten zu erproben, auf ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vorzubereiten und bei der Einarbeitung und Qualifizierung auf einem betrieblichen Arbeitsplatz zu unterstützen. Die Leistungen umfassen auch die Vermittlung von berufsübergreifenden Lerninhalten und Schlüsselqualifikationen sowie die Weiterentwicklung der Persönlichkeit der behinderten Menschen. Die Leistungen werden vom zuständigen Rehabilitationsträger für bis zu zwei Jahre erbracht, soweit sie wegen Art oder Schwere der Behinderung erforderlich sind. Sie können bis zu einer Dauer von weiteren zwölf Monaten verlängert werden, wenn die individuelle betriebliche Qualifizierung aus Gründen, die der behinderte Mensch nicht zu vertreten hat, neu begonnen oder fortgesetzt werden muss und hinreichend gewährleistet ist, dass eine weitere Qualifizierung zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führt.

(3) Leistungen der Berufsbegleitung erhalten behinderte Menschen insbesondere, um nach Begründung eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses die zu dessen Stabilisierung erforderliche Unterstützung und Krisenintervention zu gewährleisten. Die Leistungen werden vom Integrationsamt erbracht, solange und soweit sie wegen Art oder Schwere der Behinderung zur Sicherung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind.

(4) Wird während der individuellen betrieblichen Qualifizierung festgestellt, dass voraussichtlich eine anschließende Berufsbegleitung erforderlich ist, beteiligt der zuständige Rehabilitationsträger frühzeitig das zuständige Integrationsamt.

(5) Für die Unterstützte Beschäftigung vereinbaren die Rehabilitationsträger nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 sowie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen eine gemeinsame Empfehlung zu den Qualitätsanforderungen und einem Qualitätsmanagement. Die gemeinsame Empfehlung enthält insbesondere Ausführungen zu inhaltlichen Anforderungen an die Ausführung Unterstützter Beschäftigung und zur Qualifikation des Personals. Sie kann auch Ausführungen zur Zusammenarbeit enthalten. Die §§ 13 Abs. 6 und 7, 16 und 20 Abs. 2 Satz 1 gelten entsprechend.

(6) Mit der Durchführung Unterstützter Beschäftigung können nur Träger beauftragt werden, die die Anforderungen der gemeinsamen Empfehlung nach Absatz 5 erfüllen (Anbieter Unterstützter Beschäftigung). Bis zum Abschluss der gemeinsamen Empfehlung nach Absatz 5 bestimmt der zuständige Leistungsträger, welcher Träger mit Unterstützter Beschäftigung beauftragt werden kann, nachdem er sich vergewissert hat, dass die erforderliche Qualifikation hierfür besteht.

4. Dem § 40 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Zeiten der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen einer Unterstützten Beschäftigung nach § 38a werden auf die Dauer des Berufsbildungsbereiches voll angerechnet.“

5. In § 45 Abs. 5 werden die Wörter „Menschen und berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen“ durch die Wörter „Menschen, berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und Leistungen zur individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung“ ersetzt.

6. § 80 Abs. 9 wird aufgehoben.

7. Nach § 102 Abs. 3 wird folgender Absatz eingefügt:

„(3a) Das Integrationsamt erbringt Leistungen der Berufsbegleitung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung nach § 38a.“

8. In § 151 Abs. 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „Wertmarken und“ die Wörter „der Hälfte“ eingefügt.

Artikel 5

Änderung der

Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung

(871-1-14)

Nach § 17 Abs. 1a der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung vom 28. März 1988 (BGBl. I S. 484), die zuletzt durch... geändert worden ist, wird folgender Absatz eingefügt:

„(1b) Das Integrationsamt erbringt Leistungen der Berufsbegleitung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung nach § 38a des Neunten Buches Sozialgesetzbuch.“

Artikel 6

Änderung der Werkstättenverordnung

(871-1-7)

In § 2 Abs. 2 der Werkstättenverordnung vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1365), die zuletzt durch... geändert worden ist, werden nach dem Wort „kommen“ ein Komma und die Wörter „insbesondere Leistungen der Unterstützten Beschäftigung nach § 38a des Neunten Buches Sozialgesetzbuch“ angefügt.

Artikel 7

Änderung der Aufwendungserstattungs-Verordnung

(826-28-1)

Die Aufwendungserstattungs-Verordnung vom 11. Juli 1975 (BGBl. I S. 1896), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 31. Mai 1994 (BGBl. I S. 1203), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„In den Fällen des § 1 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a und des § 162 Nr. 2 und 2a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch werden den Trägern der Einrichtungen und der Integrationsprojekte die nach § 179 Abs. 1 Satz 1 und 3 des Sechsten Buches entstandenen Aufwendungen für Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung von den Ländern erstattet. Zuständig für die Erstattung ist jeweils das Land, in dem die Einrichtung oder das Integrationsprojekt liegt.“

b) In Absatz 2 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „oder der Integrationsprojekte“ eingefügt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „oder der Integrationsprojekte“ eingefügt.

bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „Einrichtung“ die Wörter „oder des Integrationsprojekts“ eingefügt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Wird eine Einrichtung anerkannt oder nimmt ein Integrationsprojekt seine Tätigkeit auf und liegt noch keine Abrechnung vor, so werden die Abschläge wie folgt ermittelt: Der Träger der Einrichtung oder des Integrationsprojekts meldet der nach Landesrecht zuständigen Stelle die Zahl der im Zeitpunkt der Anerkennung oder der Aufnahme der Tätigkeit beschäftigten behinderten Menschen.“

bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 162 Nr. 2“ durch die Angabe „§ 162 Nr. 2 und Nr. 2a“ ersetzt.

3. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Einrichtungen“ die Wörter „oder der Integrationsprojekte“ eingefügt.

- b) In Satz 2 wird jeweils das Wort „Behinderten“ durch die Wörter „behinderten Menschen“ ersetzt.

Artikel 8

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf den Artikeln 5 bis 7 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigungen durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 9

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht über die Wirkungen der Instrumente zur Sicherung von Beschäftigung und zur betrieblichen Prävention vom 2. Juli 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6044) festgestellt,

„dass es für schwerbehinderte Menschen, deren Leistungsfähigkeit an der Grenze zur Werkstattbedürftigkeit liegt und die einen besonderen Unterstützungsbedarf haben, lediglich in den Integrationsprojekten eine bundesweit einheitliche Förderstruktur mit einem betrieblichen Ansatz gibt. In dem Bericht werden einzelne Modelle der so genannten unterstützten Beschäftigung dargestellt, die deutlich zeigen, dass betriebliche Maßnahmen zu hohen Eingliederungserfolgen führen, wenn die schwerbehinderten Menschen die dafür erforderliche individuelle und betrieblich orientierte Unterstützung bekommen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales prüft daher, einen gesetzlichen Förderrahmen für unterstützte Beschäftigung zu schaffen.“

Auf dieser Basis hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Mitwirkung der Länder und der Verbände behinderter Menschen ein Konzept für die bundesweite Einführung eines einheitlichen Förderrahmens für Unterstützte Beschäftigung entwickelt.

Es gibt gute Gründe für Unterstützte Beschäftigung. So gibt es an einzelnen Standorten in Deutschland langjährige positive Erfahrungen mit Unterstützter Beschäftigung. Wegen der Einzelheiten kann auf den Bericht der Bundesregierung über die Wirkungen der Instrumente zur Sicherung von Beschäftigung und zur betrieblichen Prävention vom 2. Juli 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6044) verwiesen werden.

Unterstützte Beschäftigung ist Ausdruck einer modernen Behindertenpolitik: Behinderte Menschen sollen nach Möglichkeit und unter Beachtung ihres Wunsch- und Wahlrechts in das Arbeitsleben und die Gesellschaft integriert werden.

Unterstützte Beschäftigung erfüllt eine Forderung des Koalitionsvertrages: Danach sollen mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt außerhalb von Werkstätten für behinderte Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erarbeiten.

Unterstützte Beschäftigung ist ein neues Förderinstrument, das Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf eine effektive Perspektive für eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bietet und insoweit auch dazu geeignet ist, nicht behinderungs- und bedarfsadäquaten Beschäftigungen besonders betroffener behinderter Menschen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen entgegenzuwirken. Das Instrument unterstützt das gemeinsame Anliegen von Bund und Ländern, eine Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen ausschließlich jenen Personen vorzubehalten, die aus behinderungsbedingten Gründen nur dort am Arbeitsleben teilhaben können. Unterstützte Beschäftigung kann insoweit einen Beitrag zur Reduzierung der Aufwendungen der Träger der Sozialhilfe für Leistungen an wesentlich behinderte Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe leisten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 - Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch

Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses.

Zu Nummer 2 (§ 104)

Diese Änderung und die Änderungen unter Nummer 3 und 4 stellen sicher, dass Teilnehmende an einer individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung Ausbildungsgeld erhalten, wenn sie nicht die Voraussetzungen für das Übergangsgeld (§ 161 SGB III) erfüllen. Sie werden damit behinderten Menschen in einer beruflichen Ausbildung oder berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme leistungsrechtlich gleichgestellt.

Zu Nummer 3 (§ 106) und Nummer 4 (§ 160)

Siehe zu Nummer 2.

Zu Artikel 2 - Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der individuellen betrieblichen Qualifizierung sollen vergleichbar mit Teilnehmenden an anderen Maßnahmen der Berufsvorbereitung sozialversichert sein. Für den Bereich der Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sind keine Änderungen erforderlich, da sie von den bestehenden Regelungen erfasst werden. Dies gilt für die Kranken- und Pflegeversicherung gem. § 5 Abs. 1 Nr. 6 SGB V bzw. § 20 Abs. 1 Nr. 6 SGB XI, da es sich bei der individuellen betrieblichen Qualifizierung um eine Leistung zur Teilnahme am Arbeitsleben handelt. Hinsichtlich der Unfallversicherung besteht während der Zeit der individuellen betrieblichen Qualifizierung der Versicherungsschutz für Lernende im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII. Änderungen sind damit nur im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlich. Wenn während oder nach Abschluss der individuellen betrieblichen Qualifizierung ein Arbeitsvertrag zustande kommt, gelten die allgemeinen Vorschriften zur Sozialversicherung.

Zu Nummer 1 (§ 1)

Mit dieser Änderung wird die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sichergestellt.

Zu Nummer 2 (§ 162)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer individuellen betrieblichen Qualifizierung sind wie Personen, die beispielsweise in einer Berufsvorbereitungsmaßnahme für eine

Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen, zu 20 von Hundert der monatlichen Bezugsgröße rentenversichert.

Zu Nummer 3 (§ 168)

Es ist Aufgabe des zuständigen Rehabilitationsträgers, die Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung abzuführen.

Zu Artikel 3 - Änderung des Siebenten Buches Sozialgesetzbuch

Mit dieser Änderung wird geregelt, dass die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung nicht nur die individuelle betriebliche Qualifizierung, sondern auch die Berufsbegleitung erbringen.

Zu Artikel 4 - Änderung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch

Zu Nummer 1 (Inhaltsverzeichnis)

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses.

Zu Nummer 2 (§ 33)

Die Änderung erweitert die Leistungen der Rehabilitationsträger nach § 33 Abs. 3 um die individuelle betriebliche Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung. Dies gilt für alle Träger, deren Leistungsgesetze auf § 33 verweisen (Bundesagentur für Arbeit, § 102 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b i.V.m. §§ 103 Satz 1 Nr. 3, 109 SGB III; Rentenversicherung, § 16 SGB VI). Die Unfallversicherung (§ 35 SGB VII) ist zudem für die Berufsbegleitung zuständig, was durch eine entsprechende Ergänzung im Siebten Buch geregelt wird. Damit ist gewährleistet, dass die zuständigen Rehabilitationsträger Leistungen der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen Unterstützter Beschäftigung erbringen können.

Zu Nummer 3 (§ 38a)

Zu Absatz 1

Unterstützte Beschäftigung ist die individuelle betriebliche Qualifizierung und Berufsbegleitung behinderter Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf auf Arbeitsplätzen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes. Ziel ist der Abschluss eines Arbeitsvertrages und damit die Integration des behinderten Menschen in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Wesentlich bei der Unterstützten Beschäftigung ist der Grundsatz „Erst platzieren, dann qualifizieren“: Die Qualifikation erfolgt direkt am Arbeitsplatz.

Die Unterstützte Beschäftigung ist eine neue Möglichkeit, insbesondere Schulabgängern und Schulabgängerinnen aus Förderschulen eine Perspektive auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu geben. Dabei geht es insbesondere um Personen, für die eine berufsvorbereitende Maßnahmen oder Berufsausbildung wegen Art oder Schwere ihrer Behinderung nicht in Betracht kommen, bei denen aber gleichwohl die Prognose besteht, dass eine Beschäftigungsaufnahme mit Hilfe der Unterstützten Beschäftigung gelingen kann. Unterstützte Beschäftigung kann aber auch für solche Personen die richtige Alternative sein, bei denen sich im Laufe ihres Erwerbslebens eine Behinderung einstellt und für die heute mangels Alternativen oftmals nur die Werkstatt für behinderte Menschen in Frage kommt. Ziel ist die Übernahme in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Wird während der Qualifizierungsphase festgestellt, dass die Werkstatt für behinderte Menschen die adäquate Betreuungsform für den behinderten Mensch ist, wird dieser Weg verfolgt.

Im zeitlichen Ablauf kann Unterstützte Beschäftigung grundsätzlich in zwei wesentliche Abschnitte geteilt werden: die individuelle betriebliche Qualifikation (Absatz 2) und die Berufsbegleitung (Absatz 3). Leistungen der Unterstützten Beschäftigung sind in jeder Phase budgetfähig.

Zu Absatz 2

Es ist Aufgabe der mit der Durchführung der Unterstützten Beschäftigung beauftragten Träger, bedarfsgerechte betriebliche Erprobungsplätze zu akquirieren und die Beschäftigungsmöglichkeiten der behinderten Menschen zu erproben. Ist die geeignete Tätigkeit gefunden, die auch eine Perspektive auf eine Übernahme bietet, erfolgt die Einarbeitung auf diesem Arbeitsplatz.

In dieser Phase spielt der Bildungsaspekt eine wesentliche Rolle. Unterstützte Beschäftigung ist eine Form der umfassenden Qualifizierung, orientiert an den Bedarfen des behinderten Menschen. Daher gehören auch die Vermittlung von berufsübergreifenden Lerninhalten und Schlüsselqualifikationen sowie die Weiterentwicklung der Persönlichkeit dazu.

Diese individuelle betriebliche Qualifizierungsphase kann in Abhängigkeit zu den individuellen Voraussetzungen bis zu zwei Jahre dauern. Eine Verlängerung um bis zwölf Monate ist ausnahmsweise möglich, wenn die Unterstützte Beschäftigung aus Gründen, die der behinderte Mensch nicht zu vertreten hat, bei einem anderen Betrieb neu begonnen oder fortgesetzt werden muss, z.B. wenn der erste Betrieb wegen Insolvenz geschlossen wird. Die individuelle betriebliche Qualifizierungsphase sollte zu einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis führen, bei dem keine weitere Unterstützung mehr erforderlich ist.

Zuständige Leistungsträger der individuellen betrieblichen Qualifizierung sind die Rehabilitationsträger. Die Voraussetzungen für die Leistung richten sich nach den jeweiligen Leistungsgesetzen der Rehabilitationsträger.

Zu Absatz 3

Ist nach der Aufnahme eines regulären Beschäftigungsverhältnisses Unterstützung notwendig, wird diese in Form von Berufsbegleitung durch die Integrationsämter angeboten, um das noch neue Arbeitsverhältnis zu stabilisieren und langfristig zu sichern. Die Integrationsämter sind für schwerbehinderte und mit ihnen gleichgestellte behinderte (ab einem Grad der Behinderung von 30) Menschen zuständig. Es wird davon ausgegangen, dass jeder unterstützte Beschäftigte, der der Berufsbegleitung bedarf, von Integrationsämtern unterstützt werden kann. Dazu gehören auch behinderte Menschen,

die aus einer Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gewechselt sind und weiterhin der Unterstützung bedürfen.

Zu Absatz 4

Ist eine weitergehende Berufsbegleitung erforderlich, kommt es zu einem Wechsel des zuständigen Leistungsträgers. Für den behinderten Menschen ist daher entscheidend, dass dieser Wechsel möglichst reibungslos verläuft, um den Eingliederungserfolg nicht zu gefährden. Im Idealfall führt der Wechsel des Leistungsträgers nicht auch zu einem Wechsel des Anbieters Unterstützter Beschäftigung, so dass Kontinuität bei der Unterstützung gewährleistet ist. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger mit dem Integrationsamt erforderlich. Daher ist es frühzeitig zu beteiligen.

Zu Absatz 5

Unterstützte Beschäftigung soll von einer Vielzahl geeigneter Anbieter erbracht werden. Denkbar ist, dass verschiedene bereits existierende Institutionen Unterstützte Beschäftigung erfolgreich anbieten können, z.B. Integrationsfachdienste. Denkbar ist auch, dass sich neue Anbieter etablieren. Da somit verschiedene Anbieter mit bislang unterschiedlichen Aufgaben in Betracht kommen, erscheint eine Benennung bestimmter bereits existierender Dienste als ausschließliche Anbieter nicht gerechtfertigt. Um gleichwohl den Erfolg der Unterstützten Beschäftigung zu sichern, ist es elementar, die Qualität sicherzustellen.

Dies soll durch die Vereinbarung anspruchsvoller Qualitätsanforderungen und eines Qualitätsmanagements geschehen, deren Inhalte sich an den Erfordernissen der Unterstützten Beschäftigung orientieren. Die entsprechende gemeinsame Empfehlung soll von den Rehabilitationsträgern und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation unter Beteiligung maßgeblicher Verbände behinderter Menschen, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft Unterstützte Beschäftigung, erarbeitet werden. So ist eine hohe Fachlichkeit garantiert.

Qualität ist zu definieren anhand der drei Kategorien Strukturqualität, Prozessqualität und Ergebnisqualität. Bei der Formulierung einzelner Qualitätskriterien ist zu berücksichtigen, dass es Ziel des § 38a ist, bereits bestehende Modelle Unterstützter Beschäftigung in die Fläche zu tragen. Ihr Niveau soll daher Maßstab für neue Anbieter Unterstützter Beschäftigung sein. Zudem sind bereits bestehende Qualitätskriterien hinsichtlich der Unterstützten Beschäftigung, insbesondere des Europäischen Dachverbandes Unterstützte Beschäftigung, zu berücksichtigen. Wichtig sind auch Anforderungen hinsichtlich der Qualifikation des Personals und des Einsatzes eines Teilhabeplans. Der Teilhabeplan ist erforderlich, um durch eine frühzeitige Vernetzung der Leistungsträger die bestmögliche Organisation der Unterstützten Beschäftigung zu erreichen, damit ein gegebenenfalls erforderlicher Wechsel des Leistungsträgers beim Übergang in die Berufsbegleitung ohne Nachteile für den behinderten Menschen erfolgt. Ferner wird durch den Verweis auf § 20 Abs. 2 Satz 1 vorgegeben, dass durch das zu vereinbarende Qualitätsmanagement die Qualität der Versorgung gewährleistet und kontinuierlich verbessert werden soll.

Durch den Verweis auf § 13 Abs. 6 und 7 wird klargestellt, dass der allgemeingültige Rahmen, in dem eine gemeinsame Empfehlung erarbeitet werden soll, auch für die gemeinsame Empfehlung Unterstützte Beschäftigung gilt. Danach wird sie vereinbart im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation unter Beteiligung der Verbände behinderter Menschen sowie der Spitzenverbände der Rehabilitationsträger. Kommt eine gemeinsame Empfehlung nicht zustande, kann das Bundesministerium für

Arbeit und Soziales unter den Voraussetzungen des § 16 eine Rechtsverordnung erlassen.

Zu Absatz 6

Absatz 6 macht das in der gemeinsamen Empfehlung nach Absatz 5 festgelegte Qualitätsniveau verbindlich. Es können deshalb nur solche Anbieter mit Unterstützter Beschäftigung beauftragt werden, die die Anforderungen erfüllen. Solange es noch keine gemeinsame Empfehlung gibt, stellen die Leistungsträger sicher, dass die zu beauftragenden Träger über die erforderliche Qualifikation verfügen. Diese Übergangsregelung ist notwendig, damit alsbald nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erste Maßnahmen der Unterstützten Beschäftigung bewilligt werden können.

Zu Nummer 4 (§ 40)

Die im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung durchgeführte individuelle betriebliche Qualifizierungsphase steht inhaltlich dem Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen gleich. Wird während der Qualifizierungsphase festgestellt, dass der Rehabilitationsbedarf besser in einer Werkstatt für behinderte Menschen gedeckt werden kann und erfolgt der entsprechende Wechsel, ist daher eine volle Anrechnung auf Zeiten des Berufsbildungsbereichs vorzunehmen.

Zu Nummer 5 (§ 45)

Folgeänderung zu den Änderungen im Dritten Buch Sozialgesetzbuch.

Zu Nummer 6 (§ 80)

Gemäß § 80 Abs. 9 erstellt und veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit jährlich eine Übersicht über die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen bei den einzelnen öffentlichen Arbeitgebern. Diese erfüllen ihre Beschäftigungspflicht seit Jahren überdurchschnittlich. So lag die Beschäftigungsquote der öffentlichen Arbeitgeber im Jahr 2005 bei 5,7 Prozent. Nach den Erkenntnissen der Bundesagentur für Arbeit setzt die Übersicht keine zusätzlichen Impulse zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei öffentlichen Arbeitgebern. Sie soll daher künftig entfallen. Damit wird auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.

Zu Nummer 7 (§ 102)

Schon heute sind die Integrationsämter im Rahmen der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für die begleitende Hilfe im Arbeitsleben zuständig. Mit dieser Regelung wird klargestellt, dass auch die Berufsbegleitung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung mit umfasst wird.

Zu Nummer 8 (§ 151)

Es handelt sich um eine Klarstellung. Das für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr geltende Erstattungsverfahren wurde durch das Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht (Verwaltungsvereinfachungsgesetz) vom 21. März 2005 (BGBl. I S. 818) u.a. in § 148 Abs. 4 Nr. 1 SGB IX dahingehend geändert, dass der Berechnung des landeseinheitlichen Vomhundertsatzes bezüglich der Bemessungsgrundlage für die Prozentsätze nur die Hälfte der am Jahresende im Umlauf befindlichen Begleiter-Ausweise im Sinne des § 145 Abs.1 Satz 1 zu Grunde zu legen ist.

Mit der vorgesehenen Änderung wird klargestellt, dass die Bestimmung des § 151 hinsichtlich der Anzahl der zu berücksichtigenden Begleiter-Ausweise nur in gleicher Weise Anwendung finden kann, wie es die Vorschrift des § 148 Abs. 4 Nr. 1 vorgibt.

Zu Artikel 5 - Änderung der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung

Die Regelung ermöglicht es den Integrationsämtern, für ihre Leistungen im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung Mittel der Schwerbehindertenausgleichsabgabe zu verwenden.

Zu Artikel 6 - Änderung der Werkstättenverordnung

Der Fachausschuss gibt vor der Aufnahme eines behinderten Menschen in eine Werkstatt für behinderte Menschen gegenüber dem zuständigen Rehabilitationsträger eine Stellungnahme ab, ob der behinderte Mensch für seine Teilhabe am Arbeitsleben Leistungen der Werkstatt benötigt oder ob andere Teilhabeleistungen in Betracht kommen. Er soll insbesondere beachten, ob Unterstützte Beschäftigung im Einzelfall geeignet ist, den Rehabilitationsbedarf zu decken. So wird sichergestellt, dass der behinderte Mensch die Maßnahme erhält, die seiner individuellen Situation am besten entspricht.

Zu Artikel 7 - Änderung der Aufwendererstattungs-Verordnung

Im Rahmen des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vom 20. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1827) ist bestimmt worden, dass behinderte Menschen, die im Anschluss an eine Beschäftigung in einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen in einem Integrationsprojekt im Sinne des § 132 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch beschäftigt werden, dort weiterhin nach den in der Werkstatt geltenden Regelungen rentenversichert sind, d.h. dass mindestens ein Arbeitsentgelt in Höhe von 80 vom Hundert der monatlichen Bezugsgröße zu Grunde gelegt wird (§ 162 Nr. 2a Sechstes Buch Sozialgesetzbuch, SGB VI). Den Beitrag, der auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem tatsächlich gezahlten Arbeitsentgelt und dem Mindestentgelt entfällt, trägt der Träger des Integrationsprojekts allein (§ 168 Abs. 1 Nr. 2a SGB VI). Durch § 179 Abs.1 Satz 3 SGB VI ist sichergestellt, dass der Bund dem Träger des Integrationsprojekts diesen Beitrag erstattet. Diese Regelungen gelten seit dem 1. Oktober 2000.

Das Erstattungsverfahren soll wie schon das Verfahren zur Erstattung der Beiträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen nach § 179 Abs. 1 Satz 1 SGB VI ebenfalls nach der Aufwendererstattungs-Verordnung erfolgen. Dies wird überwiegend

bereits so praktiziert, ist aber nicht unstrittig. § 180 SGB VI enthält in der seit dem 1. Januar 2008 geltenden Fassung hierzu bereits eine Ermächtigung, solche Regelungen in der Verordnung auch für die Erstattung an die Träger von Integrationsprojekten zu treffen.

Zu Nummer 1 (§ 1)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Ergänzung der bisherigen Grundsatzvorschrift. Damit wird sichergestellt, dass auch die Beitragserstattung an die Träger der Integrationsprojekte auf der Grundlage und nach den Vorschriften dieser Verordnung erfolgt.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Folgeänderung.

Zu Nummer 2 (§ 3) und 3 (§4)

Es handelt sich um Folgeänderungen zu der Änderung in § 1 sowie um Anpassungen an den heutigen Sprachgebrauch.

Zu Artikel 8 - Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Durch diese Regelung wird bewirkt, dass künftige Veränderungen an den Teilen der genannten Verordnung, die durch dieses Gesetz geändert wurden, wieder durch den jeweils zuständigen Ordnungsgeber erfolgen können.

Zu Artikel 9 - Inkrafttreten

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten.

C. Finanzieller Teil

Für die Rehabilitationsträger ist durch die Unterstützte Beschäftigung nicht mit Mehraufwendungen zu rechnen, da sich die Zahl der betroffenen behinderten Menschen durch die neue Maßnahme nicht ändert. Im Wesentlichen wird es insbesondere bei der Bundesagentur für Arbeit zu kostenneutralen Verschiebungen zwischen einzelnen Maßnahmen kommen, wobei eine Tendenz zu Minderausgaben besteht, wenn die neue (ambulante) Maßnahme anstelle einer stationären Maßnahme bewilligt wird.

Bei dieser neuen Maßnahme muss sich erst über einen mehrjährigen Zeitraum eine Trägerlandschaft entwickeln, die dann auch eine größere Anzahl von Personen unterstützen kann. Im ersten Jahr wird zudem noch die gemeinsame Empfehlung zu den Qualitätsanforderungen erarbeitet. Insgesamt muss mit einer Aufbauzeit von rund fünf Jahren gerechnet werden.

Der Vollzugsaufwand wird sich nicht ändern, so dass es insoweit nicht zu zusätzlichen Kosten kommen wird.

Bei den Ländern wird es auf Seiten der Integrationsämter zu nicht quantifizierbaren Mehraufwendungen kommen, sofern der behinderte Mensch nach Abschluss eines Arbeitsvertrages noch weitere Berufsbegleitung benötigt. Dem stehen jedoch auch Einsparungen auf Länderseite gegenüber. Denn die Unterstützte Beschäftigung trägt dem gemeinsamen Anliegen Rechnung, eine Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen ausschließlich jenen Personen vorzubehalten, die aus behinderungsbedingten Gründen nur dort am Arbeitsleben teilhaben können. Unterstützte Beschäftigung kann insoweit einen Beitrag zur Reduzierung der Aufwendungen der Träger der Sozialhilfe für Leistungen an wesentlich behinderte Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe leisten. Im Ergebnis stehen den Kosten für die Berufsbegleitung also Einsparungen der Eingliederungshilfe gegenüber.